



Zukunft muss nachhaltig gesichert sein

Der Klimawandel und die Folgen sind nicht nur in den Nachrichten zu entdecken. Wir sehen die Auswirkungen auch bereits hier bei uns. Schauen wir in die Wälder, die Flüsse oder auf die Felder im Sommer, wird es deutlich. Wir sind mittendrin und müssen den Wandel bewältigen. Aber verwalten wollen wir nicht. Denn Klimaziele geben wir uns nicht um Gewohnheiten zu ändern. Das machen wir, um unsere Lebensgrundlage und unseren sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Gesundheit aller zu schützen. Klimaneutral bauen, arbeiten, sich fortbewegen und leben wird der neue Alltag. Ob alle Menschen das können, ist eine zutiefst soziale Frage. Und deswegen wollen wir dem Wandel eine Richtung und den Menschen die notwendige Sicherheit geben, damit wir diese Krise gemeinsam bewältigen und nachhaltig umsteuern. Um eine lebenswerte Zukunft für alle in Thüringen zu schaffen und zu erhalten, haben wir deshalb im April-Plenum einen Antrag eingebracht und verabschiedet mit dem wir Nachhaltigkeitsinvestitionen in Thüringen deutlich beschleunigen. Damit Kommunen, Unternehmen, öffentliche Einrichtungen oder kommunale Energie- und Wohnungsunternehmen auf erneuerbare Energien umsteigen und investieren können, braucht es das notwendige Geld.

Das wollen wir bereitstellen, damit der Klimaschutz gelingt. Und auch die Bürger:innen wollen wir unterstützen. Für Privathaushalte ist es unsere Idee ein Förderprogramm für die Umstellung auf nichtfossile Heizsysteme im Rahmen der Wärmewende in Ergänzung einer möglichen Bundesförderung zu etablieren. Nur so können wir es schaffen das Klima zu schützen ohne Menschen zurückzulassen. Denn für uns ist gute Klimapolitik auch gute Sozial-, Gesundheits- oder Wirtschaftspolitik.

Christian Schaft, Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung



Aufbruch im Frühling

... nicht nur im Thüringer Landtag, auch in und außerhalb Thüringens stehen viele Termine im Kalender der Fraktion DIE LINKE.

Über die Ereignisse der letzten Wochen berichten wir auf den kommenden Seiten.

Linker Ticker

„Die Thüringer Altersrenten geben Grund zur Besorgnis. Der Antwort auf meine Kleine Anfrage ist zu entnehmen, dass von den ca. 438.000 Thüringer Rentner:innen mit 40 Versicherungsjahren im Jahr 2021 über die Hälfte, genau genommen 252.603 Rentner:innen, eine monatliche Rente unter 1.200 Euro erhalten“, erklärt die Abgeordnete **Karola Stange**, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Vor dem Hintergrund der Armutsquote von 1.148 Euro (in Anlehnung an den Paritätischen Armutsbericht) weist sie darauf hin, dass damit eine besonders hohe Zahl an Rentner:innen in Thüringen unter oder nur knapp über der Armutsquote liegt. Darüber hinaus ist festzustellen, dass vor allem Frauen vermehrt eine geringe Rente beziehen: Von den 252.603 Rentner:innen in Thüringen sind es 156.000 Frauen, die eine Rente unter 1.200 Euro erhalten. +++ Zur Forderung der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Menschen nur noch mit Termin oder der Einlieferung mit dem Rettungswagen ohne eine Gebühr von 20 Euro in einer Notaufnahme zu versorgen, sagt **Ralf Plötner**, Sprecher für Gesundheitspolitik und Pflege der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Termine zu machen für einen Besuch in der Notaufnahme ist komplett realitätsfremd und dazu menschenverachtend. Wer es sich leisten kann, geht trotzdem hin und finanzschwache Menschen sind zutiefst verunsichert, ob sie bei einem Notfall den Weg in eine Notaufnahme suchen.“ +++ „Auch wenn in der Öffentlichkeit der Erfurter Anger als Hotspot der Kriminalität gesehen wird, werden rund 93 Prozent aller Delikte in der Landeshauptstadt nicht dort begangen. Selbst bei den erfassten Straftaten am Anger liegt der tatsächliche Tatort oftmals in umliegenden Straßengebieten. Hierzu zählen Vorfälle wie Bezahlen mit Falschgeld in Geschäften, Schlägereien in einer Diskothek und häusliche Gewalt in Wohnungen“, erklärt der innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, **Sascha Bilay**. Der Parlamentarier hatte die Antwort des Innenministeriums auf eine von ihm eingereichte Landtagsanfrage ausgewertet. „Diese Zahlen belegen erneut, dass die ständige Forderung nach mehr Videoüberwachung völlig unverhältnismäßig ist. Die meisten Diebstähle finden trotz Kameras statt.“

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 16. Mai 2023

Verantwortung, die sich aus der Erinnerung ergibt

Gedenken am 8. Mai 2023

Anlässlich des diesjährigen 8. Mai, dem Gedenken zum Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, erklärte Steffen Dittes für die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Die Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 bedeutete das Ende des schrecklichsten Kapitels der deutschen Geschichte und den Sieg über den Nationalsozialismus. Dieser Gedenktag mahnt, dass Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeit sind. Ohne die Alliierten und ihren Einsatz gegen das nationalsozialistische Regime wäre es undenkbar gewesen, dass wir heute in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft leben können.“ Die Verpflichtung, sich für Frieden einzusetzen und gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Diskriminierung zu engagieren, sei heute noch aktuell, so der Fraktionsvorsitzende.

Der Gedenktag schaffe die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seiner menschenverachtenden Ideologie. Dies sei vor allem mit Blick auf die sinkende Zahl von lebenden Zeitzeug:innen wichtig. „Es ist die Verantwortung, die sich aus der Erinnerung ergibt, die sicherstellt, dass sich die Gräueltaten der Nationalsozialisten nie wiederholen. Es gilt, das Gedenken an die Millionen Toten im Krieg, die verschleppten, verfolgten und ermordeten Jüd:innen, Sinti und Rom:nja, Behinderten, Homosexuellen und die NS-Gegner:innen aus Par-



Am 8. Mai besuchten mehrere Abgeordnete Thüringer Gedenkstätten. Hier auf dem Erfurt Hauptfriedhof u. a. André Blechschmidt, Karola Stange u. Kati Engel

teien, Gewerkschaften und Kirchen wach zu halten“, erklärte Dittes. Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag fordert das Europaparlament mit Blick auf den 80. Jahrestag der Be-

freiung in zwei Jahren auf, die Initiative zu ergreifen, den 8. Mai europaweit zu einem Gedenk- und Feiertag zu erklären.

Thüringen gegen die geplante Asylrechtsverschärfung der Bundesregierung

Protokollerklärung fordert Paradigmenwechsel

Beim Bund-Länder-Treffen zum sogenannten Flüchtlingsgipfel wurde Anfang Mai ein Beschluss verabschiedet, der u. a. Maßnahmen des Bundes zur Asylpolitik beinhaltet und aus denen ersichtlich wird, dass eine massive Verschärfung des Asylrechts seitens der Ampelkoalition geplant ist. Dazu erklärt die Sprecherin für Migrationspolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König-Preuss:

„Allein Thüringen, das Land mit dem einzig linken Ministerpräsidenten, hat sich mit einer Protokollerklärung gegen diese geplanten Asylrechtsverschärfungen gestellt und tritt weiter für eine menschenrechtsorientierte Asylpolitik ein. Ebenso wird in der Protokollerklärung ein Paradigmenwechsel gefordert, der die Bezeichnung auch verdient. Thüringen steht damit zu der jüngsten Erklärung der Ettersburger Kabinettsklausur vom 8. und 9. Mai, in der es heißt, Thüringen sei Einwanderungsland. Der Thüringer Weg bedeutet, aus den positiven Erfahrungen mit der Aufnahme Schutzsuchender aus

der Ukraine zu lernen, Integrationsangebote – nicht nur für den Arbeitsmarkt – auszubauen, den Spurwechsel durch eine Änderung des § 10 Aufenthaltsgesetz zu ermöglichen und nachhaltige Strukturen für Geflüchtete zu sichern. Länder, in denen SPD und Grüne an der Regierung beteiligt sind, hätten gestern gut daran getan, den Thüringer Weg mit zu beschreiten“, so König-Preuss.

„Es ist angesichts der Lage in den Kommunen gut, dass es zumindest in Teilen gelungen ist, in der besonders für die Länder wichtigen Frage nach notwendigen finanziellen und infrastrukturellen Mitteln des Bundes für die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten sowie Ausstattung und Digitalisierung der Ausländerbehörden eine erste Einigung zu erreichen. Problematisch ist jedoch, dass diese Finanzierungszusage des Bundes nicht ausreichend ist und zusätzlich eine - meines Erachtens - unredliche Verknüpfung mit der bundesseitig geplanten Asylrechtsverschärfung auf EU-Ebene

stattgefunden hat. Damit wurde eine Einigung auf Kosten von Asylsuchenden erzielt.“ „Grenzverfahren und Ausrüstung der europäischen Außengrenzen, Stärkung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex, Erweiterung der Abschiebegründe, ein verstärktes Betreiben von Abschiebungen, Verlängerung des Ausreisegewahrsams. Das ist der alte, inhumane Wein Seehofers in Faesers neuen Schläuchen: Der Druck auf geflüchtete Menschen soll systematisch erhöht und Schutzsuchende isoliert werden, während man entgegen aller Belege darauf hofft, dass somit möglichst wenige Menschen nach Deutschland kommen“, erklärt die Abgeordnete.

Ich hoffe, dass es in der Bundesregierung und regierungstragenden Fraktionen Vertreter:innen gibt, die weiter für das Grundrecht auf Asyl - auch an den EU-Außengrenzen - sowie für eine menschenrechtsorientierte Asylpolitik eintreten und dieses Vorhaben stoppen“, so König-Preuss abschließend.

Rechte Gewalt und radikalisiertem Konservatismus

Rückblick auf eine bewegende Veranstaltung im Café Nerly in Erfurt

Im Rahmen der Zwischenbilanz des Untersuchungsausschusses 7/3 zu politisch motivierter Gewaltkriminalität veranstaltete die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Anfang Mai 2023 die Podiumsdiskussion „Rechte Gewalt & radikalisiertem Konservatismus“ im Café Nerly in Erfurt. Neben den Abgeordneten Katharina König-Preuss, Christian Schaft und Sascha Bilay war auch die österreichische Politikwissenschaftlerin und Autorin Natascha Strobl zu Gast. Moderiert wurde die Veranstaltung von Journalistin Sarah Ulrich.

Die Erkenntnisse zum Untersuchungsausschuss 7/3 wurden bereits in der letzten Ausgabe näher thematisiert. Bereichernd zeigte sich jedoch noch der Zusammenhang mit „radikalisiertem Konservatismus“, den Natascha Strobl in ihrem Inputvortrag vorgetragen hat. Strobl veröffentlichte 2021 ihr gleichnamiges Buch zum Thema. Anlass dafür sei die Erkenntnis, der gemeinsamen Strategien zweier (heute ehemaliger) Staatschefs gewesen. Obwohl Sebastian Kurz, der damalige österreichische Kanzler und Donald Trump, der Ex-Präsident der Vereinigten Staaten, als Personen sehr unterschiedlich sind, einte sie doch die gemeinsame politische Vorgehensweise, erklärte Strobl dabei. Dies zeigt sich im Verhalten, rhetorisch und auch im Fakt, dass sie nominell aus einer konservativen Partei stammen.

„Natürlich gibt es große Unterschiede im Parteiensystem zwischen dem Mehrparteiensystem in Kontinentaleuropa und dem klassischen Zweiparteiensystem in den USA. Was man aber sagen kann, ist, dass sich das System der Nachkriegsdemokratie darauf gestützt hat, dass es zwei Parteien gibt, die dieses System stabilisieren. Eine im weitesten Sinne konservative Partei und eine im weitesten Sinne sozialdemokratische Partei“, erklärte Strobl. In diesem Nachkriegssystem habe man

„Man erlebt eine Mischform oder eine Radikalisierung des Konservatismus. Raus aus dem Status quo, rein in die Radikalisierung nach rechts.“

Natascha Strobl
Politikwissenschaftlerin
und Autorin

sich auf ein Wirtschaftssystem geeinigt, das auf Ungleichheit beruht. In diesem prekären Miteinander habe sich eine stabile Nachkriegsdemokratie aufgebaut, so Strobl weiter. Die Gegenwart ist jedoch geprägt von Krisen und diese prekäre Gegenwart zeichnet sich schon seit ein paar Jahren ab. „In diesen Krisen wird die Nachkriegshegemonie immer instabiler und hat es immer schwerer sich neu zu behaupten. Ein Teil des Konservatismus hat das erkannt und sich entschieden, als Strategie den Status quo nicht mehr zu verteidigen, sondern im Gegenteil zu einem Destabilisationsfaktor zu werden.“ Strobl spricht hier von einer autoritären Überwindung der Gegenwart.

An dieser Stelle setze die Gemeinsamkeit mit den Strategien des Faschismus an. „Sozusagen die Überwindung der Gegenwart mit dem Sprung nach vorne, aber gleichzeitig sind es konservative Kräfte. Man erlebt eine Mischform oder eine Radikalisierung des Konservatismus. Raus aus dem Status quo, rein in die Radikalisierung



nach rechts.“ In diesem Teil des Konservatismus bediene man sich nun Themen der extremen Rechten. Einen Kulturkampf der von der extremen Rechten aufbereitet worden ist.

Was den radikalen Konservatismus auszeichne, fasste Natascha Strobl bei der Veranstaltung im Nerly in sechs Punkten zusammen:

1. Der Bruch vor informellen Regeln: Diese sind z. B. Regeln des Anstandes und der Etikette, die nun zerbrochen werden um Symbolpolitik zu betreiben.

2. Polarisieren: Beispielsweise Anekdoten und Halbwahrheiten in den Vordergrund zu bringen und diese möglichst emotional auszuspielen, um gegen eine zuvor schon markierte Gruppe zu agieren.

3. Die Führungsperson. Diese Person ist der Politik quasi enthoben. Ihr wird geglaubt und Gesagtes sowie Handlungen nicht hinterfragt.

4. Autoritärer Staatsumbau. „Die Hülle bleibt bestehen, aber der Kern wird entfernt“ (Strobl)

5. Permanenter Wahlkampf. Das heißt, stets Schlagzeilen zu produzieren und immer von einem Aufreger zum nächsten zu kommen. „Es geht um das, was populär ist oder was man massenkompatibel ausschalten kann. Nicht um komplexe, langfristige Politik zu betreiben.“

6. Parallelität aufbauen. Die Polarisierung, die Emotionalisierung in einem Wahlkampf in dem Fakten immer weniger deckungsgleich sind mit der Realität.



Die 4-Tage-Woche funktioniert bereits

Ein mittelständischer Handwerksbetrieb in Thüringen beweist das

Veränderte Arbeitsmodelle werden im Moment viel diskutiert. Gerade nach der Pandemie zieht sich gleichzeitig der Wunsch der Arbeitnehmer:innen nach weniger Arbeit quer durch alle Berufsbranchen. Im Mittelpunkt der Debatte steht das alternative Arbeitszeitmodell der 4-Tage-Woche.

„Wie lange können wir uns die 5-Tage-Woche überhaupt noch leisten?“, hinterfragt die Sprecherin für Arbeit und Gewerkschaft der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Lena Saniye Güngör. Nicht nur der sich weiter verschärfende Arbeits- und Fachkräftebedarf, sondern auch zunehmend steigende Krankenstände der Arbeitnehmer:innen erforderten alternative Arbeitszeitmodelle, um langfristig Fachkräfte für Unternehmen anwerben, aber auch halten zu können. Daher stehe die Fraktion DIE LINKE bereits seit längerem im engen Austausch mit den Gewerkschaften und Thüringer Betrieben. Tatsächlich hat ein Thüringer Unternehmen, der Eichsfelder Leckortung und Bautrocknungsservice (ELBS), die 4-Tage-Woche bereits erfolgreich umgesetzt. Im Rahmen der auswärtigen Fraktionssitzung in Leinefelde besuchte der Arbeitskreis Soziales die Firma.

Das Unternehmen, in Hundeshagen ansässig, ist ein mittelständischer und handwerklicher Betrieb, der sich auf die Ortung und Reparatur von Leckagen spezialisiert hat. Der Inhaber Rocco Funke hat die 4-Tage-Woche bereits im Sommer 2021 eingeführt. Danach folgten intensive Transformationsprozesse sowohl auf Seiten der Geschäftsführung als auch der Mitarbeitenden. Laut Angaben der Mitarbeitenden und der Geschäftsführung hat sich die Zufriedenheit und die Lebensqualität auf beiden Seiten verbessert. Gleichzeitig konnte der Umsatz um 50 Prozent gesteigert werden. Hier zeigt sich exemplarisch, dass die 4-Tage-Woche ein

Standortvorteil sein kann. Die Arbeitnehmer:innen in Thüringen haben dieses Potential erkannt: Obwohl die Firma in einer recht kleinen Ortschaft liegt, erhielt der Betrieb nach der Ausschreibung neuer Arbeitsplätze und der Aussicht auf eine 4-Tage-Woche 60 Bewerbungen. „Ein deutliches Signal für den Wunsch nach einem Wandel der Arbeitskultur. Genau dieser ist gefordert, wenn wir dem Arbeits- und Fachkräftemangel im Freistaat begegnen wollen“, so Güngör. Damit widerlege der handwerkliche und mittelständische Betrieb die Kritik der Thüringer Wirtschaftsverbände, welche eine Einführung des Modells, insbesondere in dieser Branche, als problematisch erachten. Der gemeinsame Austausch verdeutlichte auch, dass mit dem Modell die Chance verknüpft ist, eine neue Unternehmenskultur zu etablieren: Es geht um Mitdenken und Mitgestalten,

den Mitarbeiter:innen ermöglichen, sich selbst in den Betrieb einzubringen. Aber auch um Supervision und gemeinsames Lernen. Wenn die Wertschätzung der Mitarbeiter:innen stimme, wirke sich das auch auf die Motivation und Gesundheit positiv aus, erklärte der Inhaber Rocco Funke. Mit dem geplanten Finus-Projekt arbeitet der Betrieb derzeit gemeinsam mit dem Bildungsträger Engelhardt Consulting daran, die Erfahrungen mit dem Modell der 4-Tage-Woche auch anderen Unternehmen näherzubringen.

Es gleicht blankem Hohn, dass konservative Kräfte in Thüringen sich offen dazu bekennen, eine mögliche Einführung einer 4-Tage-Woche im Vorfeld verhindern zu wollen. „Der Ruf nach steuerlichen Vorteilen für Überstunden verkennt völlig die Arbeits- und Lebensrealität der Thüringerinnen und Thüringer“, erklärt Güngör.

„Der Betrieb erhielt nach der Ausschreibung neuer Arbeitsplätze und der Aussicht auf eine 4-Tage-Woche 60 Bewerbungen. Ein deutliches Signal für den Wunsch nach einem Wandel der Arbeitskultur.“

Lena Saniye Güngör
Arbeitspolitische Sprecherin



Artikel von Lena Saniye Güngör
„4-Tage-Woche endlich ernsthaft diskutieren“ hier nachlesen:
www.die-linke-thl.de



Der Arbeitskreis Soziales zu Besuch bei dem Unternehmen Eichsfelder Leckortung und Bautrocknungsservice (ELBS)
Geschäftsführer Rocco Funke führte bereits 2021 die 4-Tage-Woche in sein Unternehmen ein

„Bedürfnisse von Familien müssen weiter gestärkt werden“

Cordula Eger zum Tag der Familie



Cordula Eger, Sprecherin für Familie und Senior:innen der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Der 15. Mai ist von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Tag der Familie“ ernannt worden. Viele Familieninstitutionen und Bündnisse nutzen diesen Tag bzw. die Tage und Wochen um das Datum herum, um mit verschiedenen Aktionen zentrale Anliegen von Familien aufzugreifen, diese öffentlich zu machen und für mehr Anerkennung der Leistungen der Familie sowie eine familienfreundliche Gesellschaft zu werben.

Auch die Fraktion DIE LINKE nutzt diesen Tag um sich zu äußern. Dazu Cordula Eger, Sprecherin für Familie und Senioren der Fraktion: „Um für die großen und kleinen Momente des Familienlebens mehr Zeit und Raum zu haben, gilt es Rahmenbedingungen zu schaffen, die alle Familien unterstüt-

zen. Denn Familie ist vielfältig und vielfältig sind auch ihre Bedürfnisse. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die rot-rot-grüne Landesregierung einen breit aufgestellten Familienbegriff im Rahmen der Familienförderung verankert, der zeigt: Der Freistaat Thüringen geht voran, nimmt eine Vorreiterrolle ein und ein vergleichswerter Begriff ist in anderen Bundesländern kaum zu finden. Egal ob Kleinfamilien, Alleinerziehende mit Kindern, pflegende Angehörige, Mehrgenerationen-, Patchwork- oder Regenbogenfamilien, unabhängig der sexuellen Orientierung und Herkunft stärkt DIE LINKE alle Familienformen mit ihren individuellen Bedürfnissen.“ Eger unterstützt dabei, dass sich Thüringen auch künftig mit einer Willkommenskultur für Familien

auszeichnet und die örtliche und überörtliche Familienförderung über das Landesprogramm ‚Solidarisches Zusammenleben der Generationen‘ und dem ‚Landesfamilienförderplan‘ in der Vielfalt der Familien ankommt.

„Eine wohnortnahe Hilfe, verlässliche Beratungs- und Unterstützungsangebote, die Förderung von Familien-generationsübergreifend oder die Betreuung älterer Menschen durch das Landesprogramm ‚Agathe‘ gegen Einsamkeit im Alter. Das sind Beispiele der Rahmenbedingungen, die der Freistaat Thüringen vorhält, um Zeit und Raum für die großen und kleinen Momente des Familienlebens zu geben. Diese gilt es zu verstetigen und weiterzuentwickeln“, erklärt die Abgeordnete abschließend.

Die Verteidigung der Demokratie

LINKE-Abgeordneter als Wahlbeobachter in der Türkei



Bericht von Sascha Bilay,
Innenpolitischer Sprecher der
Fraktion DIE LINKE

„Nein, ich fliege nicht in die Türkei, um Urlaub zu machen. Es geht darum, einen Beitrag zu leisten, dass die Wahlen demokratisch sind.“ - Das war die häufigste Antwort meinerseits auf erstaunte Blicke wegen meines kurzfristigen Türkeibesuchs. Am 14. Mai fanden dort Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Erdogan und seine regierende AKP („Adalet ve Kalkınma Partisi“, rechtspopulistisch) haben das Land in den letzten Jahren weit weg von demokratischen Zuständen geführt. Mehrere Oppositionspolitiker sitzen seitdem im Gefängnis. Parteien oder deren Zulassung zur Wahl wurden verboten. Ein breites Bündnis aus verschiedenen Parteien sozialer und ökologischer Prägung hatte sich zusammengefunden, um eine weitere Amtszeit des Präsidenten zu verhindern und die Mehrheitsverhältnisse im Nationalparlament umzukehren. Dieses Bündnis hatte internationale Schwesterparteien und Gleichgesinnte eingeladen, die Wahlen zu beobachten.

Aus den Reihen der LINKEN in Deutschland reiste auf Einladung der HDP („Halkların Demokratik Partisi“, linksgerichtet) ebenfalls eine kleine Delegation an. Die HDP, die vor allem von Kurd:innen im Südosten der Türkei sowie in den Großstädten mit hohem Anteil an Kurd:innen gewählt wird, war selbst zur Wahl nicht zugelassen. Ihre Kandidat:innen standen deshalb auf den offenen Listen der YSP („Yeşil Sol Parti“, grün-linksgerichtet).

Angespannte Lage

Treffpunkt unserer Delegation aus Deutschland, Italien, Schweden und der Schweiz war Diyarbakir. Die Stadt gilt als Hauptstadt Kurdistans und kann auf eine mehrere tausend Jahre lange Geschichte zurück blicken. Vor nicht all zu langer Zeit erlebten die Einwohner:innen Unruhen und gewaltsame Zusammenstöße mit Polizei und Armee. Bei früheren Wahlen gab es Anschläge auf Wahlveranstaltungen und Büros der HDP auch in Diyarbakir. Dass die Lage noch immer nicht wirk-

lich befriedet ist, war an der starken öffentlichen Präsenz von Polizei und Militär erlebbar. Am Samstag vor der Wahl fand die Wahlkampf-Abschlussveranstaltung des politischen Bündnisses unter entsprechend starker Polizeipräsenz statt. Der zentrale Platz, auf dem sich mehrere tausend Menschen versammelten, war komplett eingegittert. Der Zugang erfolgte über drei Einlasskontrollen, die nacheinander passiert werden mussten. Alles, was im Zweifelsfall als Waffen nutzbar wäre, wurde aussortiert - selbst Kugelschreiber. Die Straße davor war gesäumt von Wasserwerfern, Polizisten in Vollschutz und teilweise mit Maschinenpistolen ausgestattet. Die Fahrzeuge waren sämtlich gepanzert. Über dem Platz kreiste permanent der Polizeihubschrauber. Der Stimmung der Teilnehmenden tat dies keinen Abbruch.

eigentlich in Istanbul lebte, aber wegen der Wahl nach Diyarbakir zurückgekehrt war, war sich sicher, dass es nach einem Wahlsieg von Erdogan nur eine Frage der Zeit sei, bis auch er im Gefängnis landen würde. Der Wahltag führte mich in die Provinz Sirnak im Südosten der Türkei, unweit der Grenzen zu Syrien und Irak, konkret im Osten des dortigen Kreises Uludere. Aus der Region gingen noch am Wahltag Bilder von handgreiflichen Auseinandersetzungen in einem Wahllokal, wo Manipulationen der AKP bekannt wurden, um die Welt.

Begleitet wurden wir, eine Gruppe von drei LINKEN-Mitgliedern, vom Kreisvorsitzenden der HDP und einem weiteren Genossen, der seine „Guerilla“-Tracht mit Stolz trug. Die gebirgige Topographie zwischen 2.000 und 2.800 Höhenmetern prägt das Leben der Men-

tötete, die billiges Benzin aus dem Irak geschmuggelt hatten. Vor Ort werden die Getöteten wie Helden verehrt.

Auffälligkeiten bei Wahl

Insgesamt besuchten wir neun Wahllokale, wobei wir in drei Fällen Auffälligkeiten feststellen konnten. Für die Sicherheit in der Grenzregion sorgt die Jandarma, eine paramilitärische Organisation, die dem Militär unterstellt und entsprechend ausgerüstet ist. Die Angehörigen der Jandarma waren mit teilweise starker, militärisch anmutender Präsenz vor den Wahllokalen erlebbar. In einem Wahllokal befand sich einer dieser Waffenträger im Wahlraum, wo das Tragen von Waffen untersagt ist. Von uns darauf angesprochen, kam es zu Irritationen. Im Gespräch stellte sich heraus, dass der Mann selbst von seinem Wahlrecht Gebrauch machen wollte. Um keine weiteren Nachfragen zu provozieren übergab er seine Waffen vor dem Gebäude an andere Kameraden und ging anschließend unbewaffnet zur Wahl. In einem weiteren Wahllokal kam es zu einem Einsatz der Jandarma, bei dem wir freundlich, aber bestimmt nach draußen delegiert wurden. Angeblich hatte die Wahlleiterin den Einsatz erbeten, weil sich zu viele Menschen im Wahllokal befunden hätten. Die hohe Wahlbeteiligung und das Prozedere führten dazu, dass sich vor den Wahllokalen und in den Schulen, in denen die Wahlen abgehalten wurden, teilweise längere Warteschlangen bildeten. Außerdem nutzen viele Männer und Frauen den Wahltag als Gelegenheit, sich mit anderen auszutauschen. Entsprechend dicht war teilweise das Gedränge. Den Einsatz der Jandarma vor der Wahlurne bewerte ich eher als Anzeichen der Überforderung der Wahlleiterin und nicht als Versuch, unsere Arbeit zu unterbinden. In einem dritten Wahllokal wurde uns von Beobachtern der HDP, die als externe Wahlbeobachter eingesetzt waren, weil sie nicht in den lokalen Wahlkommissionen vertreten sein durfte, berichtet, dass 700 Soldaten vor der Tür standen, die wählen wollten. Sie wurden offensichtlich kurz vor der Wahl in die Region geschickt und amtlich erfasst, um das Wahlergebnis zu beeinflussen. 700 Stimmen für die AKP bei insgesamt 2.500 Wahlberechtigten in einem Stimmbezirk regten allerdings die HDP vor Ort nicht sonderlich auf. Der Einsatz der Wahlbeobachter:innen aus aller Welt hat dazu beigetragen, die Demokratie in der Türkei zu stärken. Die Leidenschaft der Kurd:innen, für ihre Rechte zu streiten, habe ich in ein Land mit zurück genommen, in dem eine Wahlbeteiligung von um die 30 Prozent schon gewöhnlich ist. In Uludere hat übrigens Erdogan nur knapp 24 Prozent bekommen. Die Menschen, die ich kennenlernen durfte, haben ihren Anteil dazu beigetragen, Erdogan erstmals in eine Stichwahl zu zwingen. Das erfüllt mich mich große Freude.



Wahlurne bei den Präsidentschaftswahlen in der Türkei
Foto: Sascha Bilay

Demokratie verteidigen

Man musste der Sprache nicht mächtig sein, um zu fühlen, mit welcher Freude und Erwartung die Menschen ihrem Recht entgegensehen, in wenigen Stunden wählen zu können. Alle einte der Wunsch danach, Präsident Erdogan abzuwählen und die regierende AKP in die Opposition zu drängen. Es ging um nichts anderes als die Verteidigung der Demokratie und der Republik. Das mag für uns merkwürdig klingen. Aber wir sehen uns keiner Situation ausgesetzt, in der die Rechte der Bevölkerung immer mehr massiv beschnitten und rechtsstaatliche Verfahren ausgehöhelt werden. Gleichzeitig war in den Gesprächen mit den Menschen auch zu hören, dass sich in die Hoffnungen auch Resignation mischte. Allen war bewusst, dass bei einem erneuten Sieg von Erdogan und AKP die Verhältnisse noch schlechter werden würden. Ein Rechtsanwalt, der

schon. Von Dorf zu Dorf führen Straßen die Berge hinauf und in die Täler hinab. Je näher man der Grenze zum Irak kommt, um so dichter werden die Checkpoints der Polizei und das Netz an Militäreinrichtungen. Auf Wunsch unserer lokalen Begleiter zeigte ich an den Checkpoints meinen Landtagsausweis vor, der offensichtlich Eindruck machte. Und es kann schon mal passieren, dass vor einem ein Militärkonvoi anhält und Soldaten aussteigen, um zu Fuß auf die andere Straßenseite zu wechseln, wo die Grenze zum Irak beginnt.

Der HDP-Kreisvorsitzende wusste zu berichten, dass diese Soldaten in den Irak gehen, wo das türkische Militär eine 15 km breite Zone kontrolliert - angeblich zur Kontrolle von Schmugglern. Auf der Route unserer Wahllokale lag auch das Dorf Ortasu (auf Kurdisch Roboski), in dessen Nähe 2011 die türkische Luftwaffe insgesamt 34 Menschen bei einem Bombenangriff

Das neue Thüringer Schulgesetz

Diskussion mit Erfurter Lehrerinnen und Lehrern

Anfang Mai luden die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, Karola Stange und André Blechschmidt zu einer Informationsveranstaltung zur gegenwärtig laufenden Überarbeitung des Thüringer Schulgesetzes ein. Adressiert war die Einladung an Schulleiter:innen, Lehrer:innen, Schulsprecher:innen der Erfurter Gymnasien und Vertreter:innen von Schülervertretungen.

Mehr als 50 Personen waren der Einladung in die Aula des Albert-Schweitzer-Gymnasiums in Erfurt gefolgt. An der von Karola Stange moderierten Informationsveranstaltung nahmen als Gäste der Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport, Helmut Holter, die Bürgermeisterin der Stadt Erfurt, Anke Hofmann-Domke, der bildungspolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Torsten Wolf und der Leiter des Erfurter Amtes für Bildung, Werner Ungewiß, teil. In seiner Einführung zum neuen Schulgesetzentwurf zeigte Minister Holter auf, dass die Thüringer Schulen in den Jahren der Corona-Pandemie verschiedene, teils neue und teils bekannte, Herausforderungen meistern mussten. Aufgabe der Bildungspolitik sei es, die Schulen bestmöglich bei der Bewältigung der ihnen gestellten Aufgaben zu unterstützen, natürlich auch auf gesetzlicher Basis.

Mit der Gestaltung digitaler Lehr- und Lernformate, der Einführung der digitalen Lernmittelfreiheit, digitaler Lernmittelfreiheit, mehr Praxisorientierung im Unterricht, der Umstellung auf eine schulstufenbezogene Lehramtsausbildung, dem Ausbau von Ganztagschulen, oder aber Schulsozialarbeit und pädagogischer Assistenz, wird versucht, die Weichen in Richtung Zukunft für die Schulen zu stellen. Im

Herbst des vergangenen Jahres haben die Regierungsfractionen von Rot-Rot-Grün einen Entwurf für Änderungen im Schulgesetz im Thüringer Landtag eingereicht. Dieser Gesetzentwurf und ein Vorschlag der CDU-Fraktion befinden sich jetzt in der Phase der parlamentarischen Anhörung. Hier haben Schüler:innen, Elternvertretungen, Gewerkschaften und wissenschaftliche Institutionen und andere mit Bildungspolitik befasste Stellen Gelegenheit, ihre Meinung zu den geplanten Änderungen zu äußern und Veränderungen am Entwurf vorzuschlagen.

Die durch Minister Holter angesprochenen Themen fanden in der anschließenden Diskussion vielfältige Meinungsäußerungen. Dabei zeigte sich, dass die Veränderungen im Thüringer Schulgesetz überwiegend begrüßt und unterstützt werden. Durch Schulleiter:innen und Lehrer:innen wurde aber auch auf Probleme aufmerksam gemacht, die gegenwärtig in den Schulen bestehen. Es wurde sichtbar, dass es neben der Sicherung des Unterrichts auch vielfältige räumliche und personelle Probleme gibt, die gelöst werden müssen, um eine „Schule der Zukunft“ auf den Weg zu bringen. Besonderen Gesprächsbedarf und Anregungen gab es bei den Themen Schulsozialarbeit, Deutsch als Fremdsprache-Klassen, Digitalisierung oder auch die Anreize der Lehrer:innen in Thüringen bleiben oder nach Thüringen kommen. Die Vorschläge, Hinweise und Kritiken wurden von allem Gästen interessiert gehört und zur Bearbeitung aufgegriffen. Die Möglichkeit, sich in Form einer Veranstaltung in den Prozess mit seinen Fragen und Anregungen einzubringen wurde von allen, die gekommen waren, sehr wertgeschätzt.



Erinnerungen zum 70. Todestag

Veranstaltung honoriert das Wirken Käte Dunckers

Am 2. Mai 1953 starb die Sozialistin, Friedenskämpferin, Frauenrechtlerin und geachtete Lehrerin Käte Duncker. Anlässlich ihres 70. Todestages gedachten der Biograf von Käte Duncker, Prof. Dr. Heinz Deutschland und Dr. Heide Wildauer mit den Anwesenden in einer Lesung dieser großen Frauenpersönlichkeit. So lassen sich Parallelen zum Heute anhand von Briefen, speziell zu ihrem Leben in Friedrichroda und zu ihrem Wirken im II. Thüringer Landtag von 1921-1923 erkennen und ableiten.

Eine der ersten Frauen im Thüringer Parlament war Käte Duncker (1871-1953). 1920 wurde sie in den Thüringer Landtag gewählt. Sie setzte sich sowohl für die berufliche und politische Besserstellung von Frauen als auch für den sozialen und kulturellen Fortschritt ein. Duncker schrieb in der sozialistischen Frauenzeitschrift „Gleichheit“ und trat bei zahlreichen Frauenkonferenzen als Rednerin auf. Trotz Repres-

sionen ließen Duncker und ihre Mitstreitenden sich nicht von ihren politischen Vorstellungen und Überzeugungen abbringen. Im Zuge ihres Engagements musste sie mit Repressionen leben. Im Mai 1916 erhielten viele von ihnen bereits Redeverbot. Nachdem Käte Dunckers Mann Herrmann Duncker verhaftet worden war, suchte sie 1936 für zwei Jahre Schutz im thüringischen Friedrichroda, wo sie in den 1880er Jahren die Schule besucht hatte. Von dort emigrierte sie 1938 nach Amerika, um nach dem Krieg nach Bernau in Brandenburg zurückzukehren. Seit dem 15. Oktober 2013 trägt der Sitzungssaal der Linksfraktion im Thüringer Landtag ihren Namen.

Die Lesung wurde begleitet von musikalischen Lieblingsstücken Käte Dunckers. Die Veranstaltungsreihe fand gemeinsam mit dem Kultur- und Geschichtsverein e.V. Friedrichroda in Friedrichroda und Erfurt statt.

„Bildung, ein Leben lang beitragsfrei!“

Rückblick auf auswärtige Fraktionssitzung in Leinefelde-Worbis zum Thema gerechte Bildung

Die Fraktion DIE LINKE war Anfang Mai zu Gast im thüringischen Leinefelde-Worbis zu einer auswärtigen Fraktionssitzung und Fachtagung. Im Mittelpunkt stand das Thema Bildung in Thüringen. „Bildung, ein Leben lang beitragsfrei“ - das ist das Ziel der Fraktion und für uns eine Frage der Bildungsgerechtigkeit und -qualität. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch in Thüringen, unabhängig davon, ob er in einer größeren Stadt oder im ländlich geprägten Raum lebt, die gleichen Chancen auf die bestmögliche Bildung und den bestmöglichen Bildungsabschluss hat. Unter dem Grundsatz „Bildung. Überall gleich gut“ streben wir an, gleiche Bildungschancen für alle zu schaffen.

Steffen Dittes eröffnete den öffentlichen Teil der Fachtagung in Leinefelde-Worbis und betonte: „Im Bereich der Bildung gibt es noch viele Baustellen. Aber wir schrecken nicht davor zurück, sondern wollen aktiv gestalten, damit Kinder und Jugendliche die besten Bildungsperspektiven erhalten können. Darüber wollen wir heute mit Gästen und Expert:innen diskutieren.“

Praxisorientierung

Heike Borkenhagen referierte zum „Institut für produktives Lernen Europa“ und hob die Bedeutung der Verbindung von Praxiserfahrung und schulischem Lernen hervor. Ob Bäckerei, Rathaus oder Theater - fast jeder Ort könne zum Ort des Praxislernens werden. Durch die Praxisorientierung in der Bildung könnten nicht nur handwerkliche Fähigkeiten und das Verständnis für den Betriebsablauf gefördert werden, sondern auch wichtige soziale Kompetenzen wie Konfliktfähigkeit, Teamfähigkeit und Empathie. Zudem steigere die Praxisorientierung die Motivation der Schülerinnen und Schüler. Praxistage sollten daher zum Alltag in den Thüringer Schulen werden.

Bildungsminister Helmut Holter unterstützte diese Ausführungen und veranschaulichte, dass Praxisorientierung mehr als nur handwerkliche Fähigkeiten umfasse. Konfliktfähigkeit, Teamfähigkeit und Empathie seien dazu noch entscheidende Elemente. Gleichzeitig hob er hervor, dass die Motivation der Schülerinnen und Schüler durch Praxistage gesteigert werde. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Praxistage in Thüringen zur Regel werden.

Kompetenzen stärken

Gabriele Körner, Schulleiterin der Staatlichen Regelschule in Leinefelde, berichtete von ihren Erfahrungen aus dem Schulalltag und betonte die Bedeutung der individuellen Stärkung von Kompetenzen bei jedem Menschen. Es ist wichtig, Taten statt Worte zu sehen und die Schülerinnen und Schüler nicht nur zu unterrichten, sondern auch zu begleiten. Eine verstärkte Berufsorientierung fördere das Selbst-

wertgefühl, die Persönlichkeitsentwicklung, den Respekt vor der Arbeit anderer und die Kritikfähigkeit.

Dr. Bernd Uwe Althaus, Schulleiter Nordthüringen, unterstrich die Bedeutung einer Berufsbildungsregion und betonte die Eigenverantwortung der Schulen. Eigenverantwortung bedeute jedoch nicht Beliebigkeit. Es sei wichtig, die Schulen zu unterstützen und dabei genau hinzuschauen.

Konstruktiver Diskurs

Ein zentrales Anliegen der Fraktion DIE LINKE ist es, dem Lehrermangel entgegenzuwirken. Diese und viele weitere Fragen beschäftigten unsere Gäste während der Veranstaltung. Moderator Daniel Reinhardt leitete im Anschluss an die Vorträge eine Fishbowl-Diskussion, an der auch alle Besucherinnen und Besucher teilnehmen konnten. Hier hatten sie die Möglichkeit, ihre Meinungen und Fragen einzubringen.

LINKE Bildungspolitik

Um das Ziel der einheitlichen Bildungsqualität in Thüringen zu erreichen, sind mehrere Maßnahmen erforderlich. Wir setzen uns für ein flächendeckendes Netz aus technisch und personell gut ausgestatteten Kindergärten und Schulen ein. Dafür haben wir Vorschläge für ein neues Schulgesetz entwickelt, das den Erhalt von Schulstandorten durch Kooperationen ermöglicht und längeres gemeinsames Lernen fördert. Zudem legen wir großen Wert auf eine bessere Praxisorientierung in der berufsvorbereitenden Schulbildung. Wir möchten die Herausforderungen der Digitalisierung bewältigen und attraktive Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für die Beschäftigten im Bildungsbereich schaffen.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt unserer Bildungspolitik ist die Beitragsfreiheit von Bildungseinrichtungen. Für uns ist es eine Frage der Bildungsgerechtigkeit und -qualität, dass Bildung ein Leben lang ohne finanzielle Hürden zugänglich sein sollte. Wir möchten sicherstellen, dass alle Menschen in Thüringen die gleichen Möglichkeiten haben, sich weiterzubilden und ihre Potenziale voll auszuschöpfen.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich intensiv für einen gleichwertigen Zugang zu Bildung in ganz Thüringen ein. Wir sind der Überzeugung, dass eine qualitativ hochwertige Bildung der Schlüssel für eine gerechtere und gleichberechtigte Gesellschaft ist. Wir werden deshalb weiterhin für eine flächendeckende, hochwertige und kostenfreie Bildung eintreten, um die Zukunftschancen aller Thüringerinnen und Thüringer zu verbessern.

Die nächste Veranstaltung von „Thüringen. Überall gleich gut.“ findet am 27. September 2023 statt. Mehr Informationen unter: www.gleichgut.de



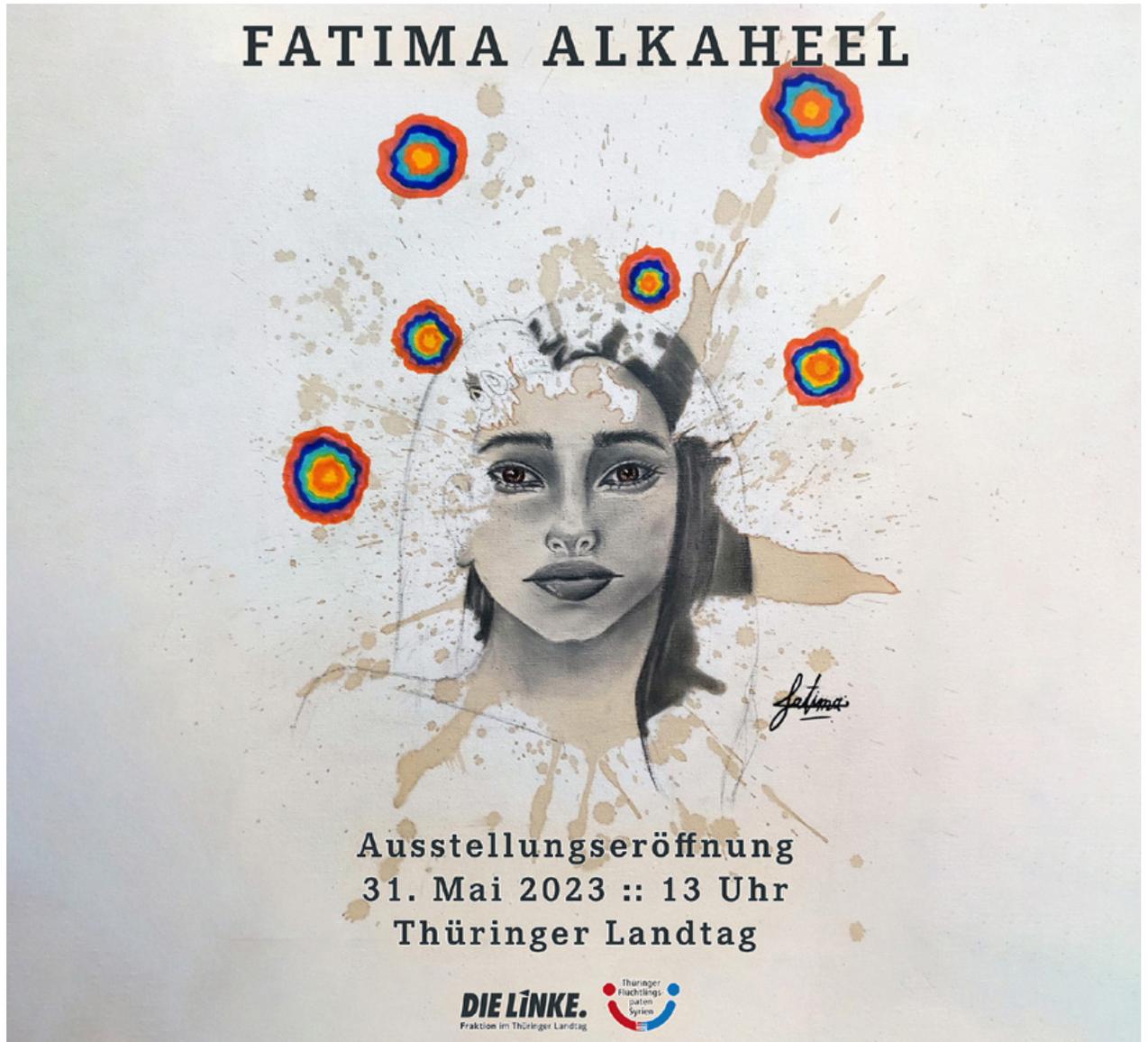
Ausstellungseröffnung: Fatima Alkaheel

Einladung zur Veranstaltung

Wir laden Sie und euch herzlich zur Ausstellungseröffnung von Fatima Alkaheel am 31. Mai in den Thüringer Landtag ein.

Die junge Künstlerin wurde in Damaskus, Syrien geboren und lebt seit etwa zwei Jahren in Jena. Fatima hat ihre Leidenschaft für die Kunst bereits in ihrer Kindheit entdeckt. In Syrien besuchte sie einen Zeichenverein und absolvierte die Fachrichtung Kunst in der Schule, wobei sie sich auf das Malen und Zeichnen von Landschaften, Stillleben und Gesichtern konzentrierte. In ihren Zeichnungen und Gemälden versucht sie die Gefühle der Menschen zum Ausdruck zu bringen.

Vor etwa zwei Jahren kam Fatima mit ihrer Mutter und ihren Geschwistern über das Landesaufnahmeprogramm nach Deutschland und lebt jetzt in Jena bei ihrem Onkel Hadi. Im Thüringer Landtag präsentiert sie ihre künstlerischen Fähigkeiten nun zum zweiten Mal in Deutschland.



Vernissage:

31. Mai um 13:00 Uhr
im Thüringer Landtag,
4. Etage
(Fraktion DIE LINKE)

Wir bitten um Anmeldung
im Vorfeld unter:
anmeldung@die-linke-thl.de

Parlamentsreport: Alle zwei Wochen – jetzt auch im Newsletter

Den Neuen per Mail?

Jetzt kostenlos anmelden:

www.die-linke-thl.de/pr

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

#WirMachensGerecht
www.die-linke-thl.de

@linke_thl